

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Zustellung 1,60 Mark, vierteljährlich  
4,80 Mark, durch die Post 4,50 Mark  
ausgeschlossen, Zustellungsgebühr, Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
entsprechenden Zeitungsverzeichnis unter  
Zeitungseingetragen. Für un-  
verlangt eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellen-  
angabe „Zeitung“ gestattet.  
Satz- und Schriftleitung Nr. 1140,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4608.

Morgen-Ausgabe.

# Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigen**  
werd. 3. 7. 9. 11. 13. 15. 17. 19. 21. 23. 25.  
oder deren Raum mit 40 Pf.  
berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenstellen  
angewandt. Kleinanzeigen die 22 mm  
breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-  
annahmeschluss vorm. 11 Uhr,  
für die Sonntags-Nr. abends  
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-  
lässig, müssen schriftlich erfolgen.  
Erlaubnisort: Halle. Erlaubnis-  
tag: 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-  
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,  
Neue Promenade 16, St. Braun-  
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle,  
Markt 24 und Große Ulrichstr. 28.

Nr. 43.

Halle, Sonntag, den 26. Januar.

1919.

## Mahnung in letzter Stunde!

Wir wollen keine einseitige Klassenherrschaft und keine Zerstückerung Preußens. — Reservieren heraus!

Wahlbarkeit und Wahlfähigkeit darf es heute weniger denn je geben. Das ganze Volk muß noch einmal zur Entscheidung aufstehen. Wie immer auch das Wetter am heutigen Sonntag sein mag, Säunige darf es nicht geben, weil es um die Zukunft Preußens geht. Die heute zur Entscheidung stehende Frage lautet klar und einfach:

### um die Zukunft Preußens

Soll Preußen mit seiner erglänzenden wirtschaftlichen Entwicklung zerrissen und zerstört werden? Die Antwort des Volkes kann nur ein entschiedenes Nein!

Wir wollen auch in die neue Zeit ein Preußen hinüber nehmen, das durch seine wirtschaftliche und politische Gestaltung die Möglichkeit einer erfolgreichen Entwicklung bietet. Es kann uns auch kein Trost sein, daß alle aus preußischen Gebieten neu zu bildenden einzelnen Freistaaten — aus Preußen können nach dem Willen der Volksbeauftragten bis zu 20 (geschrieben: zwanzig) Freistaaten entstehen! — dem Gesamtlande angehören sollen. Denn wir wissen, daß, wenn wir einmal die schiefste Ebene der altdenburgischen Kleinrentner betreten haben, es bald kein Halten mehr geben würde, wir vielmehr unaufhaltsam dem reißenden Ferkel bis zu einer völligen wirtschaftlichen und politischen Ohnmacht zutreiben würden. Dieser Gefahr dürfen wir nun nimmermehr ausgesetzt sein. Ihr Wähler wir nur dadurch begehnen, daß wir mit dem Stimmzettel in der Hand

### eine sozialdemokratische Mehrheit verhindern,

auch in Preußen. Wom eine sozialdemokratische Mehrheit durch eine am heutigen Sonntag zu Tage tretende Gleichgültigkeit

feit der bürgerlichen Wähler in das ehemalige Dreiklassen-Parlament eingeht, dann werden die bürgerlichen Parteien allen Anstrengungen zum Troz einen ausschließlichen Kampf führen. Die Beschlüsse der Sozialdemokratie über die Zerstückerung Preußens würden über die bürgerlichen Proteste hinweggehen. Wir dürfen es nicht auf die bessere Einsicht der Sozialdemokratie ankommen lassen, sondern müssen dafür sorgen, daß die Zerstückerungspläne Preußens von vornherein durch eine starke bürgerliche Demokratie zum Scheitern verurteilt sind.

Eine

### starke bürgerliche Demokratie

wird auch die beste Gewähr dafür bieten können, daß Ruhe und Ordnung wieder in unsere Heimat eintreten und daß das

### Regieren auf eigene Faust,

wie es sich zum Schaden unserer gesamten Volkswirtschaft vielerorts zeigt, aufhört!

In einzelnen Orten haben gewiß bis zu 95 Prozent aller Wähler abgestimmt. Aber es hat viele andere Orte gegeben, in denen die Wahlbeteiligung nur etwa 80 Prozent betrug. Von den vor der Wahl geschätzten 40 Millionen Gesamtstimmen haben sich an der Wahlurne im deutschen Reich nur etwa 29 Millionen eingegeben. Es fehlen also ungefähr 10 Millionen Wähler. Was hier allgemein für das Reich gilt, gilt im besonderen auch für den Wersbörger Bezirk, wo die Stimmigen gleichfalls nach Tausenden zählten. Diese müssen herangezogen werden. Es gilt,

### die Mobilisation der Wählerreserven.

Gelingt diese Mobilisation und gelingt es, diese Wähler der Deutschen demokratischen Partei zuzuführen,

dann werden bedrohliche Gefahren verhindert und dann wird der bürgerlichen Demokratie ein neuer Erfolg beschieden sein. Darauf hinzuwirken ist äußerster Notwendigkeit!

Der Erfolg des letzten Sonntags wird beeinträchtigt, wenn der heutige Wahltag die Hoffnungen der Sozialdemokratie erfüllen läßt. In Preußen kann auch fernhin nicht anders registriert werden, als im Reich. Durch Jahre hindurch trankte unsere Politik daran, daß sich im Reich zwar Ansätze einer liberalen Politik bemerkbar machen, daß aber in Preußen weiter stramm konservativ registriert werde. Dieser Zwitterzustand muß ein Ende bereitet werden. Die große Wahlschlacht darf nicht damit beendet werden, daß im Reich die Demokratie eine ausschlaggebende Stellung einnimmt, während sie in dem größten deutschen Bundesstaate durch eine sozialdemokratische Mehrheit in den Hintergrund gedrückt ist.

Und darum heißt es: Deutscher Bürger in Stadt und Land halte den Nacken steif! Gib Dich nicht einer vorzeitigen Gleichgültigkeit hin. Verleihe nicht die Wichtigkeit des heutigen Tages!

Deshalb! Der letzte Mann, die letzte Frau zur Wahlurne! Wählt fröhlich! Prüft sorgfältig den Stimmzettel; er muß mit dem Namen Abderhalden beginnen.

### Demokraten

bedeure! Geschichts! Strömt in Massen herbei und sorgt, daß uns durch einen Sieg der Liste Abderhalden ein unerschütterliches Preußen erhalten bleibt. Emsigkeit und Müdigkeit werden der Demokratie einen neuen Erfolg bescheren. C. H.

## Zum 26. Januar.

Von

S. Delius, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung.

Der Ausgang des Kampfes um die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung hat die Hoffnungen mancher Parteien arg enttäuscht. Die sozialdemokratische Mehrheit wurde ersichtlichweise verhindert. Die Unabhängigen, wenn auch in unserem Kreise herrschend, sind zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Die mit so viel Aufwand von Zungenkraft und Federwürde arbeitenden Deutschnationalen haben trotz aller Selbsttäuschungsversuche der „Halleischen Zeitung“ eine schwere Niederlage erlitten. Mit um die Hälfte weniger Stimmen als im alten Reichstage werden sie ihrer entscheidenden Macht nachtrauern können. Die Deutsche demokratische Partei kann mit ihren Erfolgen sehr zufrieden sein. In Zahl der Wähler ist sie die zweitstärkste Partei und die an erster Stelle marschierende bürgerliche Partei. Hinsichtlich der Zahl der Mandate steht ihr außer der alten Sozialdemokratie nur die Christliche Volkspartei (Zentrum) voran. Bei besserer Vorbereitung der Wahlen wären viele Vorkommnisse vermieden worden, die ohne Zweifel der Deutschen demokratischen Partei manche Stimmen gekostet haben. Aber aus dem Fehler lernt man. Am 26. wird vieles besser klappen als am 19. Januar.

Ohne Zweifel ist das Interesse an der Wahl leider schon etwas abgeklaut. Wenn auch zugegeben werden soll, daß die Aufgaben der Deutschen Nationalversammlung die bedeutendsten sind, so darf doch auch die große Wichtigkeit der preußischen Nationalversammlung nicht verkannt werden. Schon die Frage der künftigen Gestaltung des preußischen Staatswesens ist namentlich auch für unseren Regierungsbezirk von der größten Bedeutung. Wenn diese Frage auch in Weimar zuerst zur Entscheidung gestellt werden wird, so hat die preußische Nationalversammlung dabei doch ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Die Deutsche demokratische Partei steht diesem Zerstückerungsgebanen ablehnend gegenüber. Insbesondere werden die Abgeordneten des Bezirks Merseburg in beiden Volksvertretungen der Angliederung des Regierungsbezirks Merseburg an den Freistaat Sachsen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Einer solchen Regelung wäre noch eher die Schaffung eines besonderen mitteldeutschen Bundesstaates vorzuziehen, obgleich auch das nur als Notbehelf gelten könnte. Es muß versucht werden, den preußischen Staat möglichst als einheitliches Gebiet zu erhalten.

Wenn auch in Zukunft noch mehr als bisher wichtige politische Fragen von der Gesetzgebung des Reichs erfaßt werden, so bleibt für einen großen Einzelstaat noch eine große Fülle wichtiger Aufgaben zu erledigen. Zunächst werden die Verfassungsfragen im freirechtlichen Sinne verabschiedet werden müssen. Dann kommt die überaus schwierige Frage der Trennung der Kirche vom Staate zur Behandlung. Hierbei hat die demokratische Partei dafür zu sorgen, daß die Kirche hinsichtlich ihrer Vermögenswerte sichergestellt wird. Die Sozialdemokratie aller Richtungen macht gar kein Hehl daraus, daß sie aus vor einer Beschlagnahme der Kirchengüter im gewissen Umfange nicht zurückdreht. Es muß auch hinsichtlich der Zuschüsse ein billiger Ausgleich vom Staate für die Kirche gefunden werden. Die Befreiung der Vorrechte der Kirche in kirchlicher Beziehung ist eine Selbstverständlichkeit. Ebenso wird die Deutsche demokratische Partei für die Erhaltung der theologischen Fakultäten bei den Universitäten einzutreten haben. Die Frage des Religionsunterrichts ist für die Partei entscheidend: Ohne Gewissenszwang für Lehrer und Eltern muß er in der Schule erteilt werden.

Hinsichtlich der Reformen auf dem Gebiete des Schulwesens wird die Deutsche demokratische Partei die Gedanken der Einheitschule zu verwirklichen suchen. Die wirkliche Befähigung soll künftig ausschlaggebend sein. Gegenüber diesem großen Ziele müssen kleine Mängel nicht in Kauf genommen werden. Das Fachschulwesen für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft braucht neuen Aufschwung.

Besonders wichtig wird der Neuaufbau der gesamten Staatsverwaltung sein. Eine Vereinfachung der Behördenorganisation und damit eine Vereinfachung der gesamten Verwaltungsarbeit ist ein dringendes Erfordernis. Die Beamtenbesoldung und des Beamtenrecht sind zeitgemäß zu gestalten. Hier wird das Reich mehr als bisher von ausschlaggebendem Einfluß sein. Diese Fragen müssen für alle Beamten im Reich nach einheitlichen Grundsätzen gelöst werden.

Auch auf dem Gebiete der Mittelstandspolitik gibt es in Preußen manches zu tun. Eine Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der Handels- und Handwerkskammern ist dringendes Erfordernis. Beim Wiederaufbau des Handwerks hat der Staat weitgehende Hilfe zu leisten. Wenn auch in Zukunft die Verlehrschaft im Reich getrieben wird, so ist doch auch für das Freistaatparlament diese Frage nicht auszuschalten.

Große Aufgaben stehen auf dem Gebiete der Wohnungs- und Siedlungspolitik bevor. Die Verteilung des Grundbesitzes und großer Staatsdomänen ist eine unausschiebbare Frage. Hierbei wird die Kriegserlösmittelfrage zu lösen sein. Die Bildung von Fideikommissen muß verhindert und die Auflösung der bestehenden nach und nach herbeigeführt werden.

In der Steuerfrage werden uns Überstrahlungen bevorstehen. Eine gründliche Reform des Einkommensteuergesetzes kommt unter allen Umständen. Hierbei müssen die sozialen Gesichtspunkte mehr zur Geltung kommen. Die kleinen Einkommen und linderreiche Familien sind zu bevorzugen.

Bei all diesen Fragen wird die Deutsche demokratische Partei die Interessen des Volkes energisch vertreten. Sie wird dafür sorgen, daß ein neues Preußen entsteht. Ein Preußen, das in der Tat vorbildlich für das übrige Deutschland sein soll. Nichts anderes ist die Zukunft in Preußen nicht mehr herrlich. Preußen soll ein wahrer Hort der Freiheit und Kultur sein. Wer dazu beitragen will, der darf nicht der Sozialdemokratie am 26. die Stimme geben. Die Preußen vornehmen will, der kann auch nicht deutschnational wählen, weil diese Partei durch ihre jahrzehntelange Unterdrückungspolitik Preußens Aufschwung im Innern und bei allen auswärtigen

**Die besten Männer  
des deutschen Volkes  
gehören zur Deutsch-demokratischen Partei**

Erniedrigt Euch nicht selber durch  
Anschluß an die Deutsch-nationale  
Volkspartei!

**Seid stolze Demokraten.  
Wählt die Liste Abderhalden!**

Staaten völlig verfehlt hat. Nur eine Partei verpicht auf Preußen wieder zu Ehren zu bringen durch eine ehrliche und demokratische Politik. Dafür muß sich am 26. jeder Wähler und jede Wählerin einfinden, in dem alle Stimmen nur für die Liste der Deutschen demokratischen Partei abgegeben werden.

### Der Grenzschutz im Osten.

Berlin, 25. Januar. (Privattelegramm.) Der Grenzschutz für die Ostfront ist auf ein kriegsstarke Armeeverhältnis gebracht. Ueber Frankfurt an der Oder gehen jetzt täglich acht Truppenkontingente nach dem Osten.

### Das künftige bayrische Heer.

München, 25. Januar. In einer gestern nachmittags stattgehabten Beratung für die Garnison München entwickelte der Minister für militärische Angelegenheiten Hofbauer die Richtlinien für den künftigen Neubau des bayerischen Heeres und führte unter anderem aus, daß der alte Geist mit dem Bayerngeschick nicht widerstreben dürfe, weshalb auch im neuen demokratischen Heere Recht und Ordnung herrschen müsse. Im Bayern wäre eine angemessene Polizeitruppe zu bilden, die eine Friedensstärke von 12 000 Mann und eine Kriegsstärke von vielleicht 40 000 Mann (für ganz Deutschland etwa 350 000 Mann) haben würde. Die künftigen kriegsmäßigen Verbände müßten dem System eines Milizheeres auf der Grundlage der allgemeinen Pflicht zur Wehrfähigkeit eingeleitet werden. Bei einer Dienstzeit von 3-5 Monaten und vier je 14 Tagen Wiederholungsübungen erziehe sich für Bayern ein kriegsstarke Heer von 400 000 Mann Streifen und insgesamt 870 000 Mann, für ganz Deutschland 3 200 000 Mann in allen Klassen. 20 Millionen Mann. Der Offiziersersatz besetzte der Minister, daß im neuen Heer kein Vorrecht der Geburt, des Adels und der sogenannten Bildung gelten würde. Hier müßte es heißen: Freie Wahl dem Tüchtigen!

### Aus der Friedenskonferenz.

Paris, 25. Jan. Davos. Amtliche Mitteilung der Friedenskonferenz vom 24. Januar. Der Präsident der Vereinigten Staaten und die Ministerpräsidenten und Außenminister der Vereinigten Staaten, des britischen Reiches, Frankreichs und Italiens und die Vertreter Jugoslawiens trafen am Nachmittag von 3 bis 5 Uhr 15 Minuten am Quai d'Orsay in einer Sitzung zusammen. Es wurde die Entlassung einer Mission der alliierten und assoziierten Großmächte nach Polen erörtert. Ferner wurde beschlossen, für jede der fünf Großmächte einen Friedenskonferenzvertreter zum Eintritt in die Mission auszuwählen. Der Premierminister von Frankreich, Herr Clemenceau, der britische Premierminister, Herr Lloyd George, der amerikanische Minister von Äußeres, Herr C. V. Hughes, der italienische Minister von Äußeres, Herr Sonnino, der jugoslawische Minister von Äußeres, Herr Titub, und der griechische Minister von Äußeres, Herr Gounaris, traten am 25. Januar um 10 Uhr 30 Minuten zusammen.

### Aussprache über den Entwurf der Reichsverfassung.

Berlin, 25. Januar. Im Bundesratssaal des Reichsamts des Innern begann heute eine ununterbrochene Aussprache der Vertreter der deutschen Einzelstaaten über den Entwurf der künftigen Reichsverfassung, wie er durch den Staatssekretär Preuss vorgeschlagen worden ist. Die Sitzung, an der alle Einzelstaaten, der Reichspräsident und die Vertreter der Reichskammern teilnehmen, wird von dem Volksbeauftragten Ebert geleitet. Die Verhandlungen belaufen sich zunächst nur mit dem ersten Teil des vorgeschlagenen Entwurfs, mit der Frage nach der Umgestaltung und der Stellung der einzelnen Reichsteile innerhalb des Reichsgesetzes. Der Staatssekretär erklärte im Sinne der bisherigen Bestimmungen, die am Ende der Reichsverfassung stehen, daß die Einzelstaaten die Reichsversammlung bilden. Soweit die bereits bestehenden Einzelstaaten solcher Reichsversammlung die Reichsversammlung bilden, müssen sie sich eine Umgestaltung gefallen lassen. Der bayerische Ministerpräsident Eiserich bringt zur Gefühlsordnung im Namen der süddeutschen Einzelstaaten, insbesondere des Reiches ein Votum abzugeben ein, durch dessen Annahme die weitere Erörterung des Verfassungsentwurfes sich erübrigen könne. Die Vertreter von Sachsen und Württemberg erklärten aber ausdrücklich, daß sie durch ihre Zustimmung zu dem Eiserichschen Votum keineswegs die Diskussion des Verfassungsentwurfes unterbinden wollen. Gemäß dem entschiedenen Willen der Reichsversammlung, daß unter keinen Umständen durch die Annahme des einen oder anderen Vorschlags die Nationalversammlung zur vollendeten Tatsache gestellt werden dürfe, und daß es sich bei der heutigen Zusammenkunft der Reichsteile nur um eine unendliche Befragung handeln könne, wird, nachdem auch Herr Eiserich sich diesem Vorschlag angeschlossen hat, die Diskussion eröffnet. Herr Eiserich prüft im Namen der preussischen Einzelstaaten Herrmann Ministerpräsident. Er betont sich auf der Ansicht, das Reich einheitlicher als bisher auszubauen, und erklärt, daß er der Schaffung eines deutschen Einzelstaates, die der Entwurf des Staatssekretärs Preuss leider nicht antreibe, inbrünstig gegenüberstehe. Der letzte Vorschlag aber, welche die Einzelstaaten einbringen, und alljährlich am Reichstag zu erörtern. Als Vertreter von Preußen vertritt Herr Minister Preuss neben dem bayerischen Vorschlag. Er glaubt, daß durch die Aufstellung Preussens ein Anzeichen in das deutsche Volk hineinzuwirken werde, und daß es damit möglich sein dürfte, eine Reorganisation des Reiches nach den Wünschen des Volkes vorzunehmen, was inwieweit diese herrliche Reorganisation die burschaftliche Arbeit der jeweiligen Reichsteile sein werde.

### England und Irland.

Berlin, 25. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die irische Vorschlagskommission erklärt aus dem Haag: Der neue britische Staatssekretär Mr. Balfour, der Minister in Dublin eintritt, erhielt von der britischen Regierung den Auftrag, alles zu tun, um einen Zusammenstoß mit dem Sinne zu vermeiden. England will unbedingt einen Zusammenstoß in Irland ausweichen. Man nimmt an, daß nicht am letzten Ende die Situation in Irland ein so gefährliches Spiel zu spielen ist, wie es sich bis jetzt abspielt. Die Londoner Regierung hat eine Kollisionspolitik aufgegeben. Seit gestern ist man ohne jede Rücksicht aus Dublin.

### Die Geheimverträge der Alliierten.

Berlin, 25. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Von besonders informierter amerikanischer Seite verlautet, daß zwischen Wilson und den Alliierten ein Vertrag besteht, nach dem die Aufnahme des künftigen Friedensvertrages die Vereinigten Staaten einbindet. Die Geheimverträge der Alliierten unter sich auf die Diskussion zu bringen. Wilson beschneidet, sich auf diesen Vertrag zu berufen und zu gegebener Zeit die Frage der Geheimverträge in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Dies wird der interessanteste Teil der Konferenz werden.

### Hoher Fehlbetrag.

Berlin, 25. Januar. (Privattelegramm.) Wie der Schwedischen Korrespondenz gemeldet wird, seien die ersten neun Monate des Reichshaushalts einen Substrat von drei Milliarden in der Höhe. Zur Deckung des Fehlbetrages ist ebenfalls mit einer Ersparnis von vier Milliarden für das Reich zu rechnen.

## Sünde am Vaterland!

Ihr sollt Euer armes Vaterland gesunden lassen von seiner tiefen Erniedrigung. Geht Ihr aber in das Lager der Konservativen, der Alldeutschen, die sich jetzt Nationale Volkspartei nennen, dann beachtet Ihr Euch selbst, dann verändrigt Ihr Euch am Vaterland.

## Wählt alle die Deutsche Demokratische Partei! Wählt alle Abderhalden!

## Halle und Umgegend.

Halle, den 26. Januar 1919.

### Ungültige Stimmzettel.

In einer Reihe von Ortschaften hat die Deutschnationale Volkspartei Wahlzettel verteilen lassen, die nicht eine weiße, sondern eine blaue Farbe haben. § 54 der Wahlordnung bestimmt jedoch:

Die Stimmzettel müssen von welchem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein.

Der Zweck dieser gefälschten Anordnung ist, zu verhindern, daß irgendwo äußerlich erkennbare Stimmzettel im Wahlkampf eine Rolle spielen. Wenn die Deutschnationalen trotzdem blau gefärbte Stimmzettel drucken und verteilen lassen, dann müssen sie es jetzt auch selbstverständlich hinnehmen, daß die blau gefärbten Stimmzettel bei der Auszählung für ungültig erklärt werden. Wir machen unsere Parteifreunde in den fraglichen Orten auf den Vorzug des Geleges aufmerksam und ersuchen sie, dafür zu sorgen, daß die Ungültigkeitserklärung der Blauen unter allen Umständen erfolgt.

### Helfe, was helfen mag!

So denkt die Deutschnationale Volkspartei, die schon bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung, wie auch jetzt bei der Wahl zur preussischen Landesversammlung ihre ganze Werberarbeit auf erhebende Erwerbungsarbeiten der Deutschen demokratischen Partei eingeleitet hat, weil sie sich ebenfalls bewußt ist, daß ihr überzeugende Gründe für das künftige Votum der Deutschnationalen Partei obliegen. Im letzten Augenblick nun verliert die Deutschnationalen es noch mit einem neuen Kniff, um die Wähler so arg lässig zu verführen, daß sie doch noch ein Gefäßchen bei der heutigen Wahl zu machen vermögen. Sie preisen in einem Flugblatt nicht mehr im Namen der sogenannten Deutschnationalen Volkspartei, sondern empfehlen im Namen der bürgerlichen Parteien ihre Liste den Wählern zur gewissenhaften Benutzung.

Alle Wähler, die mit uns der Überzeugung sind, daß eine wahrhaft demokratische Ausgestaltung Preussens, bei der alles durch das Volk für das Volk eingerichtet werden soll, nur durch die Wahl der Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei möglich wird, fordern wir auf, am heutigen Tage einsig und allein ihre Stimme abzugeben.

### für die Liste Abderhalden.

### Neue Wege für Preußen

Leidenschaft getrieben, Sonnabend, in stark belebter Versammlung der Deutschen demokratischen Partei im großen Thaliaaal des Rathauses der Nationalversammlung Herr Karl Hellus. Vor allem legte er sich mit aller Energie gegen alle Abwärtstendenzen für die Erhaltung des preussischen Staates ein und wandte sich besonders gegen die Annäherung des Reiches an die bürgerliche Mehrheit an das bisherige Reichsrecht. Er sprach sich für die Erhaltung des Reiches aus, und sprach sich für die Erhaltung des Reiches aus, und sprach sich für die Erhaltung des Reiches aus. Er sprach sich für die Erhaltung des Reiches aus, und sprach sich für die Erhaltung des Reiches aus, und sprach sich für die Erhaltung des Reiches aus.

### Stimme der Liste Abderhalden.

### Sitzung des Soldatenrates.

Im weiteren Verlauf der Sitzung am Sonnabend wurden für den im Volkspartei in Halle bestehenden Beirat der 9. und 10. Klasse als Vertreter des Soldatenrates die Kam. Witten und Hellus gewählt. Für den Kam. Schaarer der 10. Klasse noch einem Mitgliede nach Polen berufen, um dort Arbeit über die Fragen des Grenzschutzes zu erörtern, wird als Vertreter nach Warschau für die Tagung der 9. Klasse in d. L. R. am nächsten Dienstag Kam. Hellus als Vertreter des Soldatenrates des 10. Klasse.

um der Verarmung sein Mitteilungsgehalt vorzuziehen. Er habe bei der jüngsten Wahl des Soldatenrates das Amt eines Vorsitzenden mit der Erläuterung übernommen — unter Hinweis auf seinen angeregten Gesundheitszustand —, daß er noch mithalten wolle, um den Soldaten aus der Halle, die zweifelslos helfen, zu bringen, bis er sich von dem Amt zurückziehen könne. Die Halle sei bekanntlich ein großer Ort. Die größten Schwierigkeiten seien überwinden und die Halle wieder in ruhigeren Bahnen gelenkt worden. Da möchte er die Kameraden bitten, ihn aus seinen Obliegenheiten zu entlassen. Er wolle in den nächsten Tagen seines Gesundheitszustandes wegen in eine Sanatorium gehen. Am 28. Januar wolle er ausreisen. Er wolle die Halle, die er dem Reichstag überlassen hat, erkränke nicht näher auf die Tätigkeit des Kam. Gruner einzugehen, der Soldatenrat keine feste Tätigkeit und das Kam. Gruner sein Votum herzugeben habe, um die Errungenheiten der Revolution zu sichern. Die beste Anerkennung sei ihm in auch geworden durch die einstimmige Anerkennung zum Vorsitzenden. Die Kameraden hätten es ihm nicht erlauben können, ebenfallig die arbeits Verhältnisse des Kam. Gruner, die bei seinen durchgehenden Reisen, daß ihm seine Bitte um Entlassung gemäß werde. Gegen 8 Stimmen wurde denn auch die Entlassung ausgesprochen. Auf Erfragen des Kam. Hellus ergaben sich zur Erörterung Gruner die Kameraden von den Kameraden. Kam. Gruner dankte herzlich für diese Erörterung und erklärte, an erster Stelle den hellstrebenden Vorständen der Nationalversammlung Kam. Hellus als Vertreter des Soldatenrates zu wählen, dessen Hilfe, meist nicht an die Öffentlichkeit getretene Tätigkeit er während seiner Reisen im Ausland wurde denn auch mit großer Begeisterung gemeldet. Kam. Gruner wurde dann zum Vorsitzenden des Soldatenrates ernannt. Die Halle, die er dem Reichstag überlassen hat, erkränke nicht näher auf die Tätigkeit des Kam. Gruner einzugehen, der Soldatenrat keine feste Tätigkeit und das Kam. Gruner sein Votum herzugeben habe, um die Errungenheiten der Revolution zu sichern. Die beste Anerkennung sei ihm in auch geworden durch die einstimmige Anerkennung zum Vorsitzenden. Die Kameraden hätten es ihm nicht erlauben können, ebenfallig die arbeits Verhältnisse des Kam. Gruner, die bei seinen durchgehenden Reisen, daß ihm seine Bitte um Entlassung gemäß werde. Gegen 8 Stimmen wurde denn auch die Entlassung ausgesprochen. Auf Erfragen des Kam. Hellus ergaben sich zur Erörterung Gruner die Kameraden von den Kameraden. Kam. Gruner dankte herzlich für diese Erörterung und erklärte, an erster Stelle den hellstrebenden Vorständen der Nationalversammlung Kam. Hellus als Vertreter des Soldatenrates zu wählen, dessen Hilfe, meist nicht an die Öffentlichkeit getretene Tätigkeit er während seiner Reisen im Ausland wurde denn auch mit großer Begeisterung gemeldet. Kam. Gruner wurde dann zum Vorsitzenden des Soldatenrates ernannt.

### Aussage von neuen Kartoffelarten.

§ 1. Vom Montag, den 27. Januar bis Sonnabend, den 1. Februar 1919, werden in den hiesigen Markensausstellungen auswärts mit den Brotmarken folgende Sorten der Lebensmittellieferanten Kartoffelarten mit der Marke 1000 angeboten. Die Kartei der Kartoffelarten ist am 1. Oktober einen Wohnungswechsel vorgenommen worden, erlassen die Kartoffelarten in der Ausgabe, in dem Gebiet bis vor dem 1. Oktober gewohnt haben. Die neue Wohnung ist bei Empfangnahme der Kartoffelarten (zur Vermeidung der Kartoffelarten) auszugeben. § 2. Es ist zu beachten, daß die Kartoffelarten mit der Marke 1000 nur auswärts in Kartoffelarten mit der Marke 1000 angeboten werden. Die Kartoffelarten mit der Marke 1000 sind in der Ausgabe, in dem Gebiet bis vor dem 1. Oktober gewohnt haben. Die neue Wohnung ist bei Empfangnahme der Kartoffelarten (zur Vermeidung der Kartoffelarten) auszugeben. § 3. Es ist zu beachten, daß die Kartoffelarten mit der Marke 1000 nur auswärts in Kartoffelarten mit der Marke 1000 angeboten werden. Die Kartoffelarten mit der Marke 1000 sind in der Ausgabe, in dem Gebiet bis vor dem 1. Oktober gewohnt haben. Die neue Wohnung ist bei Empfangnahme der Kartoffelarten (zur Vermeidung der Kartoffelarten) auszugeben.

### Die Kartoffelarten, welche in der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar auf die Marke 1000 der Kartoffelarten gekauft und verkauft werden.

Die Kartoffelarten, welche in der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar auf die Marke 1000 der Kartoffelarten gekauft und verkauft werden, sind in der Ausgabe, in dem Gebiet bis vor dem 1. Oktober gewohnt haben. Die neue Wohnung ist bei Empfangnahme der Kartoffelarten (zur Vermeidung der Kartoffelarten) auszugeben.

### Der Verkauf von Quarz erfolgt am Montag auf Höchstpreis.

Der Verkauf von Quarz erfolgt am Montag auf Höchstpreis. Die Quarzarten, welche in der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar auf die Marke 1000 der Kartoffelarten gekauft und verkauft werden, sind in der Ausgabe, in dem Gebiet bis vor dem 1. Oktober gewohnt haben. Die neue Wohnung ist bei Empfangnahme der Kartoffelarten (zur Vermeidung der Kartoffelarten) auszugeben.

### Die Verkaufspreise von Schiffsbesitzungen, welche am 27. Januar bis 2. Februar auf die Marke 1000 der Kartoffelarten gekauft und verkauft werden.

Die Verkaufspreise von Schiffsbesitzungen, welche am 27. Januar bis 2. Februar auf die Marke 1000 der Kartoffelarten gekauft und verkauft werden, sind in der Ausgabe, in dem Gebiet bis vor dem 1. Oktober gewohnt haben. Die neue Wohnung ist bei Empfangnahme der Kartoffelarten (zur Vermeidung der Kartoffelarten) auszugeben.

### Sport-Nachrichten der 'Saale-Zeitung'.

Der morgige Sonntag wird aller Voraussicht nach die Entscheidung um die Meisterschaft des Saaleclubs 1918/19 bringen. Auf dem Sportfreundeplatz stehen sich die Bremer über die diese wichtige Meisterschaft. Halle 96 und Sportfreunde 106, gegenüber. Für 96 gilt es, dieses Spiel zu gewinnen, denn dann ist die Meisterschaft sicher. 96 hätte dann einen derzeitigen Punktsvorsprung, der von keinem anderen Vereine einholen werden könnte. Gewinnt Sportfreunde dagegen, so bleibt es noch zweifelhaft, ob die Meisterschaft. Das beide Vereine ihre besten Kräfte bei der Wichtigkeit des Spieles auf den Plan bringen werden, ist wohl mit Sicherheit zu erwarten. Nach den letzten Ergebnissen zu urteilen, sind beide Mannschaften in guter Form, so daß jeder interessanter Sport zu erwarten ist. Letztes Erreichten sollte die kampferprobte, erprobte Herr Mannschaft das bessere Ende, wenn auch erst nach Kampf, für sich entscheiden. Die beiden anderen Verbände, die haben auf die Meisterschaft auf den Plan in der Tabelle zu bestehen. Das dritte Verbandsmitglied führt 96 in nächster Woche zum Verkauf gelangte Formelbuch an. Wenn auch schon lohnender Verein auf dem dortigen Platz eine überraschende Niederlage bei entscheiden müssen, so trauen wir trotzdem der vollen Borussia einen Sieg zu. Anstatt fünfjähriger Spielzeit 1/2 Uhr.

### Formamint-Tabletten

Schutz vor Ansteckung. Formamint-Tabletten sind die besten Mittel zur Vorbeugung von Ansteckungen durch Bakterien und Viren. Sie sind leicht zu nehmen und wirken sofort. Sie sind in jeder Apotheke zu bekommen.



